

## Grundrente steht auf der Kippe

### 1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. die in der Bundesregierung diskutierte Grundrente charakterisieren sowie die derzeitigen Überlegungen hinsichtlich deren Finanzierung herausarbeiten.
2. sich mit der diesbezüglichen Kontroverse zwischen den politischen Parteien auseinandersetzen und begründet Stellung nehmen.
3. in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen zutage tretenden Vorstellungen von „Gerechtigkeit“ erörtern.

### 2. Aufgaben

1. *Charakterisieren Sie die Idee der Grundrente. Ermitteln Sie Unterschiede zur herkömmlichen staatlichen Rente.*
2. *Erschließen Sie sich die bisherigen Pläne der SPD hinsichtlich der Finanzierung einer solchen Grundrente. Arbeiten Sie heraus, aus welchen Gründen diese Ideen aktuell auch innerparteilich infrage gestellt werden.*
3. *Erläutern Sie die derzeit zur Diskussion gestellten alternativen Finanzierungsmodelle.*
4. *Setzen Sie sich mit der diesbezüglichen Kontroverse zwischen den politischen Parteien auseinander. Arbeiten Sie die zentralen Konfliktlinien heraus.*
5. *Überprüfen Sie, inwieweit innerhalb der Kontroverse unterschiedliche Vorstellungen von Gerechtigkeit aufeinandertreffen.*
6. *Nehmen Sie aus der Perspektive Ihrer Generation begründet Stellung zum Konstrukt der Grundrente und der diskutierten Finanzierungsoptionen.*

## Grundrente steht auf der Kippe

*Der Koalitionsstreit über die Grundrente verschärft sich. Die Union läuft Sturm gegen Überlegungen in der SPD, das Vorhaben auch aus den Sozialkassen zu finanzieren.*

Schon seit Monaten streiten Union und SPD über die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Grundrente. Die ernüchternde Steuerschätzung hat die Auseinandersetzung nun verschärft. Die Aufwertung der Rentenansprüche von langjährigen Geringverdienern sollte eigentlich aus Steuergeld bezahlt werden. Doch angesichts der Haushaltslage sucht Sozialminister Hubertus Heil (SPD) offenbar nach alternativen Finanzquellen in den Sozialkassen. Das bestärkt die Union in ihrem Widerstand gegen das SPD-Modell einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, das rund fünf Milliarden Euro im Jahr kosten soll.

Nach Informationen des Handelsblatts hat Finanzminister Olaf Scholz (SPD) seinem Parteifreund Heil schon vor einiger Zeit deutlich gemacht, dass er zumindest einen Teil der Ausgaben für die Grundrente selbst aufbringen müsse. In den vergangenen Tagen wurden Überlegungen öffentlich, wie das Loch gestopft werden könnte. So könnte auf die Rücklage der Rentenversicherung zurückgegriffen werden, die derzeit mehr als 37 Milliarden Euro beträgt. Außerdem wurde erwogen, über Umwege Kranken- und Arbeitslosenversicherung für die Grundrente anzuzapfen. Laut „Spiegel“ könnte der Krankenkassenbeitrag der Rentner von derzeit 14,6 auf künftig 14,0 Prozent gesenkt werden. Weil die Rentenkasse den Arbeitgeberbeitrag für Senioren übernimmt, müsste sie demnach rund 400 Millionen Euro weniger überweisen. Die Bundesagentur für Arbeit könnte zudem dazu verpflichtet werden, für die Bezieher von Arbeitslosengeld I höhere Rentenbeiträge zu überweisen. Das Sozialministerium wies dies als „Spekulationen“ zurück. Die Gespräche mit dem Finanzminister seien noch nicht abgeschlossen.

Für die Union sind die bekannt gewordenen Überlegungen von Scholz und Heil eine Steilvorlage. „Die SPD will augenscheinlich insbesondere in die Rücklagen für schlechte Zeiten greifen: Ich halte das für unverantwortlich“, sagte CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Tilman Kuban, sagte dem Handelsblatt: „Scholz und Heil versuchen, in einem dubiosen Verfahren eine Grundrente zu entwickeln, die wir uns nicht leisten können.“ Vor allem empört ihn der Gedanke, andere Sozialkassen heranzuziehen. „Wer in die Krankenkassen- und Arbeitslosenversicherung für eine Grundrente greift, begeht nichts anderes als Diebstahl und spaltet Jung und Alt.“ Auch Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) stellt sich quer. Der Minister nannte es „ungerecht und unsolidarisch“, dass die SPD Arbeiter und Angestellte in der Krankenversicherung für ihre Rentenversprechen bezahlen lassen wolle. Die Union stehe zur Grundrente. „Aber so, wie sie im Koalitionsvertrag gemeinsam vereinbart wurde“, erklärte Spahn. Wolfgang Steiger, Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats, wirft der SPD einen Bruch ihrer eigenen Grundsätze vor: „Denn die Grundrente, wie sie auch immer gestaltet ist, bleibt eine klassische Sozialleistung, die unter die Kategorie der versicherungsfremden Leistungen fällt und aus dem Staatshaushalt zu finanzieren ist und nicht durch die Beitragszahler“, sagte Steiger dem Handelsblatt.

Jetzt die Rücklagen der Sozialkassen mit Verpflichtungen für eine dauerhafte Leistung aufzulösen sei unverantwortlich.

45 Einig sind sich die Koalitionsparteien nur beim groben Ziel: Wer bei niedrigem Verdienst mindestens 35 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt hat oder entsprechende Zeiten der Pflege und Kindererziehung vorweisen kann, soll ein Alterseinkommen über dem Sozialhilfeniveau erhalten. Inakzeptabel ist für CDU und CSU, dass Heil anders als im Koalitionsvertrag vereinbart auf eine Bedürftigkeitsprüfung verzichten will.

50 In Heils Ministerium ist der Ärger groß, dass Diskussionsstände zur Finanzierung der Grundrente an die Öffentlichkeit gelangten. Die Sozialdemokraten hatten gehofft, mit ihrem Vorschlag im Europawahlkampf punkten zu können. Ob Heil den Gesetzentwurf nun noch vor der Europawahl Ende Mai vorstellt, ist fraglich. „Gegner der Grundrente versuchen mit Falschmeldungen und Behauptungen, diese wichtige Sozialreform zu stoppen“, empörte sich SPD-Fraktionsvizin Katja Mast.

60 Die Opposition kritisiert eine mögliche Finanzierung über die Sozialkassen. „Leider wäre das bei der GroKo ein altbekanntes Muster: Zuerst werden versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln angekündigt, um dann doch zulasten der Jüngeren in den Beitragszahlertopf hineinzugreifen“, sagte der FDP-Rentenexperte Johannes Vogel dem Handelsblatt. Der rentenpolitische Sprecher der Grünen, Markus Kurth, warnte vor „windigen Finanzierungstricks“.

Quelle: Waschinski, G., Handelsblatt, Nr. 091, 13.05.2019, 9